

Thornener Presse.



Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.
Ausgabe
täglich 6 1/2 Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 204.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 204. Annoncen-Expedition „Invalidendank“ in Berlin, Haafenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 20.

Freitag den 24. Januar 1890.

VIII. Jahrg.

Aus dem preussischen Staatshaushalt 1890/91.

Die Domänenverwaltung hat nach Abzug von 6 799 320 Mark Ausgaben einen Ueberschuß an Einnahmen im Gesamtbetrage von 22 182 160 Mark. Unter diesen Einnahmen befinden sich 2 163 701 Mark als Ertrag von Mineralbrunnen und Badeanstalten, woran der Reg.-Bez. Wiesbaden mit 1 778 176 Mark, der Reg.-Bez. Aachen mit 160 732 Mark, der Reg.-Bez. Rassel mit 55 766 Mark u. s. w. beteiligt ist. — Unter den einmaligen Ausgaben befinden sich 76 500 Mk., welche wie folgt begründet werden:

Nachdem die Anlage eines zugleich für die Aufnahme von Dampfschiffen geeigneten Fischerhafens am Norddeich bezw. bei der Insel Norderney in Aussicht genommen worden, beabsichtigt die Staatseisenbahnverwaltung, behufs Herstellung einer Schienenverbindung mit dem Hafen am Norddeich, dem Bau einer Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Norden nach Norddeich näher zu treten, wenn der genannten Verwaltung für den Fall der Ausführung des Eisenbahnbaues der zu demselben erforderliche Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. — Außer den an der deutschen Hochseefischerei Beteiligten hat nur noch die Domänenverwaltung, als Besitzerin des Seebades Norderney, an der betreffenden Eisenbahnverbindung, von welcher eine beträchtliche Hebung des Fremdenverkehrs nach demselben zu erwarten ist, ein wesentliches Interesse. Da eine Witheranziehung der Fischereibeteiligten zur Aufbringung der Grunderwerbskosten unausführbar ist, so müssen dieselben von der Domänenverwaltung ausgebracht werden, wenn der gedachte für das Seebad Norderney höchst wichtige Eisenbahnbau nicht unterbleiben soll. Der Betrag der zur Ausführung des Grunderwerbs erforderlichen Kosten ist zu 76 501, rund 76 500 Mark, abgeschätzt worden.

Forstverwaltung. Es hat sich das Bedürfnis herausgestellt, ebenso wie bei den drei technischen Hochschulen, so auch bei den Forstakademien zu Eberswalde und Münden Unterrichtskurse über die erste Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen einzurichten. Die Kurse sollen einen Zeitraum von sechs Wochen mit wöchentlich zwei Stunden umfassen. Bei den fortgesetzt günstigen Ergebnissen der sogenannten Kimpauschen Moordammkulturen und ähnlichen Meliorationen wird beabsichtigt, zur Hebung des Ertrages aus den Forsten die bisher angefertigten Meliorationsversuche mit solchen Mooren in größerer Ausdehnung fortzusetzen, welche zum Holzbau nicht geeignet und deren sonstige Erträge bisher nur geringe gewesen sind. Es werden hierzu 50 000 Mark verlangt.

Die Staatsforsten umfassen 2 706 789 Hektar Waldboden, von denen 2 428 254 Hektar zur Holzzucht bestimmt und 112 308 Hektar unnutzbare Wege, Gestelle, Sumpfe und Wasserstücke sind. Die Einnahmen stellen sich auf 59 350 000 Mark, d. h. 22 Mark 87 Pfennig pro Hektar der nutzbaren Fläche; die dauernden Ausgaben stellen sich auf 32 304 000 Mk. = 12 Mark 45 Pfennig pro Hektar der nutzbaren Fläche, es bleibt also ein Einnahmehüberschuß von 27 046 000 Mark oder 10 Mark 42 Pfennig pro Hektar.

Der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung berechnet sich auf 329 606 221 Mark. Auf diesen Ueberschuß sind in Anrechnung zu bringen: 1. Die Zinsen für die jeweilige Staatseisenbahn-

kapitalschuld mit in Summa 186 427 267 Mark 53 Pf. Es bleiben also 143 178 953 Mark zur Abschreibung von der Eisenbahncapitalschuld verfügbar. Hiervon werden u. a. 31 269 567 Mark zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden und 108 885 529 Mark zur Deckung anderweiter etatsmäßiger Ausgaben des Rechnungsjahres 1890/91 verwandt.

Politische Tageschau.

Fürst Bismarck soll, wie gesagt wird, einen Kollektivschritt der Mächte gegenüber der Verfügung der brasilianischen Regierung, durch welche alle Fremden nationalisiert werden sollen, beabsichtigen. Auch der „Figaro“ meldet ähnliches.

Die deutschkonservative Reichstagsfraktion wird bei der 2. Lesung des Sozialistengesetzes für Beseitigung der aufschiebenden Wirkung der gegen das Verbot des ferneren Erscheinens einer periodischen Druckschrift eingereichten Beschwerde, für Wiederherstellung des Ausschusses der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen der Beschwerdekommision, endlich für die Ausweitungsbefugniß nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage sich erklären.

Wenn ein großer Theil der Sympathien der gebildeten Welt Deutschlands anfangs auf Seiten der Kohlenbergwerkarbeiter stand, so hat sich dies bedeutend und mit Recht geändert, seit es den Senblingen der Sozialdemokratie gelang, die besonnenen Führer halb und halb zu verdrängen und einen Theil der Arbeiter in ihre Netze zu ziehen. Die neuerdings aufgestellten, unerfüllbaren Forderungen von 50% Lohnerhöhung zc. zeigen deutlich die gesteigerte Begehrlichkeit, nicht aber die Fortdauer eines Nothstandes, die Annahme ferner von Resolutionen z. B. in der letzten Versammlung zu Bochum, wo die Arbeiter sich für den sozialistischen Kandidaten Lehmann erklärten, beweisen, daß die Bewegung sich in das große Bett der Umstürzbewegungen ergießt. Hoffentlich werden die ersten Worte der Thronrede demgegenüber ihre Wirkung nicht verfehlen und dem Theil der Arbeiter, der sich sonst durch Besonnenheit auszeichnete, den Abgrund zeigen, auf den er zutauzelt, benebelt durch die haltlosen Phrasen einer revolutionären Demagogie.

Wie in der Denkschrift über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken bestätigt wird, wird sich die preussische Staatsregierung nicht auf die Unternehmung und die Zusammenstellung der Resultate derselben beschränken, sondern es wird nunmehr weiterer Erwägung unterliegen, ob einzelne bei der Untersuchung zu Tage gekommene Verhältnisse und Wünsche genügende Veranlassung zu einer Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bieten.

Der Abgeordnete Frhr. v. Franckenstein (geb. 1825) ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern Vormittag einer schweren Krankheit erlegen, nachdem er am Dienstag eine Operation der linken Brusthöhle glücklich bestanden. Der Verstorbene war eine vornehme Natur, die kleinliche agitatorische Mittel verschmähte. Sein Tod wird allgemein betrauert. Innerhalb des Centrums vertrat Frhr. von Franckenstein die gemäßigte Richtung und galt neben Windthorst als einer seiner einflussreichsten Führer.

er Lillys Hände fest mit den seinen umschloß und sie an sich zog.

„Du hast gut reden,“ schmollte sie in lieblichster Verwirrung, „Du gehörst zu den obern Zehntausend hier in Richmond, während ich — aber laß michs kurz machen — ich gehe fort von hier und je eher Du mich vergiffest, um so besser wirde für Dich sein.“

„Ei, meinst Du das wirklich, kleine Lilly? Uebrigens scheint Dir sehr leicht zu werden, Richmond zu verlassen, und unter diesen Umständen habe ich auch keine Veranlassung, mich dem Wunsch meines Vaters, eine Reise zu unternehmen, zu widersetzen. Welches ist denn Dein Reiseziel, Lilly?“

„O, ich gehe aufs Land,“ entgegnete das junge Mädchen hastig.

„Aufs Land! Das ist ein ziemlich weiter Begriff,“ lachte Fritz, „vielleicht hast Du die Freundlichkeit, Deine Angabe in etwas zu präzisiren, Lilly.“

„Und wenn ich dies verweigere?“ fragte die junge Dame halb trübselig.

„So würde ich Dich bitten, diese Weigerung aufzugeben,“ sagte Fritz sanft aber bestimmt, „als Dein zukünftiger Gatte habe ich wohl das Recht, zu erfahren, wohin Du Dich zu wenden gedenkst.“

Lilly schwieg einen Augenblick, dann brach sie aufs neue in Thränen aus und stammelte abgebrochen:

„Ach Fritz — wenn ich Dich — doch — nie — gesehen hätte!“

„Ei, Lilly, soll das etwa ein Kompliment für mich sein,“ flüsterete Fritz, indem er dem jungen Mädchen mit inniger Liebe in die feuchten Augen blickte.

„Ach — Du weißt wohl, was ich meine; aber nun laß mich allein. Ich muß in aller Eile packen und es ist schon spät.“

„Erst muß ich wissen, wo Du hingehen willst, Lilly.“

„Nun gut, ich will Dir sagen, aber Du darfst mich nicht

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt angeichts des internationalen sozialdemokratischen Vorstoßes die Wahlparole aus: Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger.

Bei der Landtagsersatzwahl im sächsischen Wahlkreise Grimmitzschau-Verdau wurde der Sozialdemokrat Golditz mit 150 Stimmen Mehrheit gegen den Kartellkandidaten gewählt.

Der kürzlich erschienene Wahlausruf des Centrums erklärt, daß nur die Thätigkeit der Kirche und ihrer Organe eine entsprechende Wirkung in den Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeiführen könne, sie seien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie wirksamer als Ausnahmegesetze. Der Ausruf erklärt sich für Arbeiterschutzgesetze, namentlich Maßregeln zum Schutz der Sonntagsruhe und zur Verhinderung der Frauen- und Kinderarbeit, erkennt die günstige Wirkung der jetzigen Wirthschaftspolitik an, verlangt Sparsamkeit auf allen Gebieten und verheißt Eintreten für die Erhaltung der Wehrkraft.

Der Afrikareisende Dr. Zintgraff ist nach einer telegraphischen Meldung aus St. Thome vom 8. Januar nach Kamerun von seiner zweimaligen Durchquerung des Adamauagebietes zurückgekehrt. Aus einem Privatbriefe Dr. Zintgraffs an seine Eltern berichtet die „Kreuztg.“ noch, daß sein Zug von Gafcha nach Zola am Venus 30 Tage gedauert hat; derselbe war hauptsächlich zu dem Zwecke unternommen, um den Häuptling von Zola, dessen Einfluß sich weit nach Süden erstreckt, zu besuchen und hier Unterstützung für seine weiteren Pläne zu erhalten. — Dr. Wolf, dessen am 26. Juni erfolgten Tod ein am 9. Dezember eingetroffenes Telegramm des Premierlieutenants Kling berichtete, ist der „Kreuztg.“ zufolge nach neueren brieflichen Mittheilungen zu Ndali in Dahome, etwa zwanzig Tagemärsche südöstlich von Bismarckburg, an perniziösem Fieber, verbunden mit Dysenterie, gestorben. Aus welchen Gründen seine Begleiter, seine Träger und Dolmetscher erst Ende November nach Ndali zurückgekehrt sind, geht aus dem kurzen Bericht nicht hervor.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Generalakte der Samoakonferenz. Der Inhalt derselben ist bereits bekannt.

In dem am Dienstag stattgefundenen französischen Ministerrathe legte der Finanzminister Rouvier einen Entwurf zur Abänderung der Grundsteuer vor. Rouvier beabsichtigt den Mehrertrag von 45 Millionen, welchen eine neue Vermessung der bebauten Grundstücke ergeben wird, zur Steuererleichterung des unbebauten Grundes zu verwenden. Das Budget für 1891 enthält auch eine Reform der Thür- und Fenstersteuer. Um den Minderertrag der Zuckersteuer zu beseitigen, wird eine Ueberschlag von 10 Frcs. auf 100 Kilo für unbesteuerten Zucker beantragt. In dem Budget wird ferner eine Verbesserung des Katasters vorgeschlagen.

In der Dienstagsitzung der französischen Deputirtenkammer bemerkte bei der Interpellation über die jüngsten Ernennungen früherer, zuletzt unterlegener Deputirten zu Richtern der Abg. Cliché (Boulangist), dies sei eine Herausforderung des allgemeinen Stimmrechts; der Richterstand müsse eine geheiligte Stätte über den politischen Meinungsverschiedenheiten sein. Der

hindern, meinen Plan auszuführen. Eine ältere Dame sucht eine Gesellschafterin und Reisebegleiterin, und ich habe die Stelle angenommen. Sie reist nach Westpoint und von da noch weiter; sie bot mir ein anständiges Gehalt und so schlug ich ein. Heute Nachmittag um zwei Uhr fahren wir ab; auf diese Weise erreicht Dein Vater seinen Zweck, und wenn ich gehe, braucht er Dich nicht zu entfernen. Und nun gehe, Fritz, es muß sein!“

Als Fritz Wilton eine Viertelstunde später seiner Wohnung zuschritt, hatte er Lilly das Versprechen abgenommen, ihm fleißig schreiben zu wollen, und ihr dagegen gelobt, keinen Versuch zu machen, sie zu sehen, bis sie selbst es ihm gestatten würde.

12. Kapitel.

Taubert war sich klar darüber gewesen, daß es sich um einen verwickelten Fall handeln müsse, als er das Telegramm, welches ihn nach Richmond berief, erhalten hatte; nach seiner Unterredung mit Herrn Barley begriff er inebz, daß der Fall noch viel dunkler und aussichtsloser sei, als er anfänglich angenommen. Muthlosigkeit war jedoch keine von Tauberts Charaktereigenschaften; im Gegentheil, seine Energie wuchs mit den sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten, und so hatte sich der Detektiv bald seinen Plan zurechtgelegt. Es stand bei ihm fest, daß Katharina Rockwald in Richmond irgend eine ergebene Seele besaß, welche sie, falls sie überhaupt noch lebte, von allem, was für oder gegen sie unternommen wurde, pünktlich unterrichtete, und warum sollte nicht Matthias diese Persönlichkeit sein? Wie Herr Barley ihm erzählt, hatte Matthias das schöne Mädchen seiner Zeit verehrt; die Leidenschaftlichkeit, mit welcher der sonst so stille Mensch, der „Niemand“, wie man ihn im Hause spottend nannte, die Partei der Verschollenen ergriffen, war Taubert gleich höchst auffällig erschienen, und so beschloß er, Matthias genau zu überwachen. So installirte er sich denn nicht nur in Rockwalde, sondern er miethete auch in dem von Barley und

Verfehmt.

Nach amerikanischem Motiv frei bearbeitet von A. Geisel.

(Nachdruck verboten.)

(16. Fortsetzung.)

„Ei, das wird ja immer erbaulicher,“ rief Fritz nun doch ernstlich erschreckt, „was ist denn geschehen, Lilly?“

„Was wird geschehen sein,“ schluchzte sie, „man beschimpft mich auf alle Weise, man will Dich fortschicken, um Dich von mir zu retten — und —“

„Wer beschimpft Dich? Wer will mich fortschicken?“ fragte Fritz gelassen.

„Wer sonst, als Dein Vater. Er hat mir einen entsetzlichen Brief geschrieben, und so halte ich es für das Beste, Richmond zu verlassen, um ihm nicht im Wege zu sein.“

„So, Du willst also wirklich fort?“ fragte Fritz, den Arm um Lilly schlingend.

„Ja,“ murmelte sie, „ich kann nicht anders.“

„Na, wenn es denn sein muß, so gehen wir,“ erklärte der junge Mann ruhig.

„Nein Fritz, ich gehe allein.“

„Das werden wir sehen! Ich begleite Dich unter allen Umständen. Ein Geißlicher wird rasch aufzutreiben sein und in spätestens zwei Tagen kehrt Du als Frau Fritz Wilton mit mir zurück.“

„O Fritz, wie magst Du solchen Scherz treiben? Du weißt sehr wohl, daß die arme Klavierlehrerin nie und nimmer die Deine werden darf.“

„Und weshalb nicht, kleines Närrchen?“

„Weil — weil — Dein Vater würde Dir fluchen, wenn Du eine Gattin wählen wolltest, die gesellschaftlich nicht auf gleicher Stufe mit Dir steht!“

„Wahrhaftig Lilly, Du redest fast so, als ob Du in den Borurtheilen der alten Welt aufgewachsen wärest — eine Tochter des freien Amerika sollte niemals von Rangunterschied und dergleichen sprechen,“ sagte Fritz Wilton jetzt ernst, indem

Justizminister erklärte, die jüngst ernannten richterlichen Beamten hätten wohl berechnete Ansprüche. Das Gesetz, welches ihre Vorbereitung vorschreibt, sei nicht unbeachtet gelassen. (Beifall.) Nach Ulrichs Replik nahm die Kammer mit 301 gegen 158 Stimmen die Tagesordnung zur Tagesordnung an, welche die Erklärung der Regierung billigt. Der Abg. Reinach bringt den Entwurf einer Resolution ein, nach welcher in die Geschäftsordnung des Hauses die Ermächtigung des Präsidiums zur Ausschließung eines Abgeordneten im Falle Widerstandes für die ganze Session aufgenommen werden soll.

Immer weitere Kreise werden durch die großen Gedanken der sozialen Botschaft Kaiser Wilhelms I. gewonnen. Wie neulich die schwedische Regierung dem Reichstage eine sozialreformatorische Vorlage überwies, so hat jetzt einem persönlichen Wünsche des Königs von Belgien entsprechend, welcher alle Geldsummen, die für die Feier des Regierungsjubiläums bewilligt werden sollten, zur Gründung einer Arbeiterunfallversicherungsgesellschaft und Unterklassung verwendet wissen wollte, der Finanzminister Bernaert einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorgelegt.

In dem Kohlenbecken von Charleroi hat sich die Lage bedeutend gebessert. Die Zahl der Streikenden ist von 12 000 auf 8350 herabgegangen.

Wenn das brüste Vorgehen Englands gegen Portugal in den Grenzen des Inselreiches ungetheilte Zustimmung gefunden hätte, so hätte wahrscheinlich der in der Politik so oft siegreiche Grundsatz: „Gewalt geht vor Recht“ seine Geltung behalten. Anders stellt sich aber die Sache, wenn der trotz aller Schrecken doch noch im hohen Ansehen stehende große alte Mann, Mr. Gladstone, sich entschließen sollte, sich gegen das Vorgehen des Kabinetts Salisbury zu erklären. Nach den uns vorliegenden Zeitungsberichten aus England hat nun tatsächlich Mr. Gladstone die Absicht, im englischen Unterhause ein Tadelvotum vorzubringen. Hierdurch würde sich das Torykabinet voraussichtlich genötigt sehen, doch noch die bisher abgelehnte Siltigkeit des § 12 der Kongoaakte anzuerkennen und die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

In Lissabon nimmt inzwischen die Erregung gegen England noch immer zu; selbst die Kaufmannschaft veranstaltete Demonstrationen und beschloß ein System des Boycotts.

In dem neuen spanischen Kabinet hat Becerra das Ministerium der Kolonien und der Herzog von Veragu das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernommen. Die neuen Minister leisteten gestern der Eid auf die Verfassung.

Die russische Militärzeitung „Reichswehr“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer einen von angeblich berufener Seite stammenden Artikel, welcher die gegenwärtige militärische Situation des russischen Reiches behandelt. Der in Warschau lebende Verfasser bestätigt, daß die militärischen Streitkräfte der westlichen Gouvernements bedeutend verstärkt worden seien, daß die Organisation der Armee wesentliche Reformen erfahren habe und das Eisenbahnnetz erheblich vervollständigt sei; gleichwohl müsse Rußland noch vier bis fünf Jahre seine Rüstungen im Westen des Reiches in der gleichen Weise fortsetzen, ehe es mit der Aussicht auf Erfolg einen entscheidenden Kampf aufnehmen könne.

Deutscher Reichstag.

49. Plenarsitzung vom 22. Januar.

Präsident v. Bezzevow eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr mit folgender Mittheilung:

Meine Herren! Leider muß ich wieder damit beginnen, einen Trauerfall Ihnen anzukündigen. Ein hochverehrtes, hochangesehenes Mitglied des Hauses, Freiherr von Franckenstein, ist heute Morgen gegen 11 Uhr nach kurzer Krankheit, aber schwerem Leiden aus diesem Leben geschieden. Ein edler deutscher Mann, lauter und treu, wahr und ohne Furcht, selbstlos, recht und schlecht, ein Mann, farg an Worten, aber von großer Thatkraft und von weitem Blick, eine Autorität überall, wohin seine Pflicht ihn rief. Der Freiherr von Franckenstein war schon Mitglied des Reichstages und hat diesem Hause angehört ununterbrochen seit 1872 als Abgeordneter. Von 1879 bis 87 war er erster Vizepräsident dieses Hauses. Als solcher hatte ich die Freude, ihn drei Jahre lang zu meinem nächsten Amtsgenossen zu haben. Ich habe hierbei Gelegenheit gehabt, seine hervorragenden Eigenschaften kennen und würdigen zu lernen; die freundschaftlichen Beziehungen zwischen mir und ihm, seine Freundschaft werde ich lebenslang in treuer Erinnerung

Wapping bewohnten Hause ein Dachkammerchen und war so glücklich, gerade dasjenige Zimmer, welches an das von Matthias eingemietete stieß, zu erhalten.

Damit mußte Taubert aber auch einstweilen zufrieden sein; jedem Annäherungsversuch wußte Matthias äußerst geschickt auszuweichen, und nach Verlauf von acht Tagen begriff der Detektiv, daß er es anders anfangen müsse, um das Vertrauen des Unzugänglichen zu erringen.

Wenn Matthias seine heftigen Hustenanfälle hatte, war Taubert sicherlich immer sofort zur Stelle, um ihm seine Handreichungen anzubieten und ihm Trost zuzusprechen, aber diese Theilnahme verfiel eben so wenig, wie Tauberts nicht mißzuverstehende Andeutung, daß es doch thöricht sei, wenn jeder allein auf seiner Kammer sitze; Matthias war und blieb froh und ablehnend, und so änderte der Detektiv seine Taktik. Anstatt ihm in dem gemeinschaftlichen Korridor entgegenzutreten, wie er es bisher gethan, wußte Taubert den „Niemand“ in seinem bescheidenen Speisehause sowohl wie auf der Straße zu treffen; er setzte sich bei Tisch neben ihn, erzählte ihm dies und jenes aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen und hoffte nach und nach auch einiges aus Matthias Vergangenheit zu erfahren, aber mit nicht besserem Erfolg. Matthias trat niemals aus seiner kühlen Zurückhaltung heraus, er hörte die Erzählungen Tauberts höflich an, ließ aber nicht undeutlich merken, daß die Gesellschaft des Detektivs ihm gleichgültig sei, und selbst bei den tollsten Scherzen Tauberts blieb er trübe und einfüßig.

„Und ich komme doch noch hinter sein Geheimniß,“ murmelte Taubert eines Tages ergrimmt vor sich hin; „verweigert er mir sein Vertrauen, so muß ich sehen, mir auf andere Weise zu helfen.“

Diesem Voratz entsprechend nahm der Detektiv eines Tages Wachsabdruck von dem Schlüsselloch am Zimmer seines Nachbarn und befand sich bald darauf im Besitz eines Nachschlüssels zu dem genannten Raum. Freilich geschah es jetzt abscheulich dem Detektiv zum Trost, daß Matthias sein Zimmer etliche Tage hütete und somit kein Versuch gemacht werden konnte, den Nachschlüssel zu benutzen, aber endlich ging der „Niemand“ wieder einmal ins Speisehaus und schnell war Taubert zur Stelle.

(Fortsetzung folgt.)

bewahren. Er ist seine Wege richtig gewandelt und ruht nun in Frieden.

— Ich nehme an, daß Sie dadurch, daß Sie sich von Ihren Plätzen erheben haben, das Andenken des Verstorbenen ehren wollen.

Hierauf wurde der Nachtragsetz für den Ausbau im auswärtigen Amt (Wilhelmstraße 76) ohne Debatte genehmigt und dann in die zweite Beratung des Sozialistengesetzes eingetreten.

In der Beratung wurde zunächst der Artikel 1 zurückgestellt; in dem Artikel 2 knüpfte sich dann aber an den § 2 eine Debatte allgemeiner politischer Natur.

Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte referierte Abg. Kurz (nationalliberal) über die Kommissionsbeschlüsse, die er pflichtgemäß empfehle, obwohl er für Annahme der Ausweitungsbefugniß sei.

Abg. Langwerth v. Simmern (Welse) ist gegen jedes Ausnahmegesetz; geistige Waffen müßten genügen, unsere Jugend regenerirt werden.

Abg. von Kardorff (freikonservativ): Vordredner wünscht eine Regeneration des Selbstthums, er braucht dazu die Sozialdemokratie. Mit geistigen Waffen kann man gegen eine Demokratie nicht vorgehen, die vaterlandsfeindlich sei, wie Babels und Liebnechts Reden bewiesen haben, die antimonarchisch sei und auf dem Nährboden der Republikanism am besten gedeihe. Dann können auch die Anarchisten, die mit Petroleum und Dynamit kämpfen, geistige Waffen verlangen. Auch die Orden nützen nichts, das hat Belgien gezeigt.

Abg. Windthorst (Centrum) betont seine Königstreue zu dem vertriebenen Herrscher, sucht die Orden in Schutz zu nehmen und erklärt, die Katholiken sind nicht Seloten, sondern, Vollbürger in Preußen; um sie als solche zu schützen, sei er gegen alle Ausnahmegesetze und auch das Sozialistengesetz.

Nachdem Abg. v. Marquardsen (nationalliberal) gesprochen und längere persönliche Bemerkungen ausgetauscht sind, wird § 2 angenommen.

Die zunächst folgenden Paragraphen des Artikels 2 veranlaßten eine Debatte nicht, dagegen führte § 11 (Druckschriftenverbot) zu längerer Diskussion. Der Antrag der Kommission zu § 11 Absatz 2 lautet: Bei periodischen Druckschriften kann auch das fernere Erscheinen verboten werden, sobald nach Erlass des Verbots einer einzelnen Nummer das Verbot einer weiteren Nummer erfolgt.

Abg. Diez-Hamburg (Sozialdemokrat) suchte darzulegen, daß durch dieses Verbot eine Anzahl von wirtschaftlichen Existenzen vernichtet würde.

Abg. Singer (Sozialdemokrat), welcher den Parteigenossen unterstüßte, wies zugleich den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie den Meinend verherliche und betonte weiter, daß seine Partei mit den anarchischen Anschauungen durchaus im Widerspruch stehe. Die Sozialdemokratie würde das Sozialistengesetz überleben.

Die weiteren Ausführungen dieses Redners gaben dann dem badischen Bundesbevollmächtigten Freiherrn von Marschall sowie dem Abg. von Kardorff zu abwehrenden Bemerkungen Veranlassung.

An der Debatte beteiligten sich auch noch die Abgg. Kulemann (nationalliberal) und Ricker (deutschfreisinnig), der badische Bevollmächtigte zum Bundesrathe Frhr. von Marschall und Abg. Singer.

— Darauf wurde die Beratung vertagt.

Inzwischen war von Sr. Majestät dem Kaiser folgendes Telegramm eingegangen:

„Dem Reichstage spreche ich Mein Beileid aus zu dem Tode des Freiherrn v. Franckenstein. Ich verehere in ihm einen Mann von vornehmer Gesinnung und wahrem Patriotismus, der für sein bayrisches und deutsches Vaterland allezeit ein warmes Herz hatte. Wilhelm.“

Der Präsident fügte seinerseits diesem Telegramm folgendes hinzu: „Meine Herren! Indem Sie sich erhoben haben, drücken Sie zugleich den ehrfurchtsvollsten Dank des Hauses aus für die Theilnahme, welche Sr. Majestät der Kaiser dem Verluste widmet, der dieses Haus betroffen hat.“

Schluß der Sitzung 1/6 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.

4. Plenarsitzung vom 22. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Das Haus setzt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Jahr vom 1. April 1890/91 fort. Abg. Dr. Enneccerus (nationalliberal) befürwortete den Antrag auf Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine besondere Kommission und wandte sich sodann zu einer längeren Polemik gegen den Abg. Ricker, dessen Behauptung, kein Mensch denke an eine einseitige Aufhebung der landwirtschaftlichen Pölle, im direkten Gegensatz zu der dem beglücklichen sozialdemokratischen Antrage im Reichstage gewährten Unterstützung seitens einer Anzahl deutschfreisinniger Abgeordneter stehe. Redner bezeichnet es sodann als eine unabwiesliche Pflicht der Regierung, die Steuerreform in Angriff zu nehmen, auf die man bereits so lange warte, und das längst erwartete Schuldotationsgesetz einzubringen, und tritt des weiteren aus seinerseits für eine Aufbesserung der Beamtengehälter ein.

Abg. Dr. Windthorst (Centrum) betont namentlich unter Hinweis auf die infolge der Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung erwachsenden, sich voraussichtlich fortlaufend steigenden Lasten die Nothwendigkeit einer äußerst sparsamen Verwaltung. Redner, welcher gleichfalls die thunlichst baldige Erhöhung der Beamtengehälter befürwortet, tritt des weiteren lebhaft für die Aufrechterhaltung der lex Huene, sowie der Franckensteinschen Klausel ein. Abg. Graf v. Limburg-Stirum (konservativ) erklärt, daß er und seine politischen Freunde eine durchgreifende Reform der direkten Steuern in der Richtung einer Entlastung der minder leistungsfähigen Bevölkerungsklassen noch für dringender erachten als die in der Thronrede angekündigte Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer; auch er tritt für eine sparsame Verwaltung ein, verlangt aber gleichfalls eine baldige Aufbesserung der Beamtengehälter und glaubt des weiteren, die preussische Eisenbahnverwaltung gegen die gegen dieselbe gerichteten unberechtigten Angriffe in Schutz nehmen zu sollen. — Finanzminister Dr. v. Scholz kennzeichnet den zweifelhaften Werth der von deutschfreisinniger Seite an dem gegenwärtigen Etat geübten abfälligen Kritik, indem er an der Hand einiger Citate aus der „Freisinnigen Zeitung“ den Nachweis einer überaus flüchtigen und oberflächlichen Einsichtnahme seitens des Artikelschreibers führt; ferner führt er auf Grund thatsächlichen Materials die deutschfreisinnige Behauptung von der ungeheuerlichen Willkür bei der Steuerereinschätzung von Seiten einzelner Landräthe auf märchenhaft anonyme Denunziationen zurück. Am Schlusse seiner Ausführungen dankte der Herr Minister den Rednern sämtlicher Parteien für die bezüglich der von der Regierung in Vorschlag gebrachten Erhöhung der Beamtengehälter bekundete entgegenkommende Stellungnahme und erklärt, daß in dem Rahmen jener Maßregel auch die Volksschullehrer mit einzubegreifen sein würden. Nachdem Abg. Ricker (deutschfreisinnig) den seitens des Abg. Dr. Enneccerus gegen ihn gerichteten Angriffen entgegengetreten, tritt Abg. Graf v. Kanitz (konservativ) lebhaft für Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Pölle ein und warnt die deutschfreisinnige Partei davor, bei der von derselben betriebenen Wahlagitation das auf gegenseitigem Vertrauen begründete gute Einvernehmen zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung erschüttern zu wollen. Als letzter Redner giebt Abg. Dr. Sattler (nationalliberal), welcher sich im übrigen im Einverständniß mit dem Abg. Dr. Windthorst für die Nothwendigkeit einer sparsamen Finanzverwaltung ausspricht, seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die Regierung noch immer keine Steuerreformvorlage einzubringen in der Lage gewesen sei. Nach Ablehnung des nationalliberalen Antrages auf Ueberweisung des Eisenbahnetats an eine besondere Kommission wurden die wesentlichen Theile des Etats an die Budgetkommission verwiesen und die nächste Sitzung, behufs Erledigung von Rechnungssachen, sowie behufs zweiter Beratung kleinerer Spezialsetats auf Freitag Vormittag 11 Uhr anberaumt.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. Januar 1890.

— Sr. Majestät der Kaiser unternahm am gestrigen Nachmittage einen Spazierritt nach dem Grunewald und ließ sich bis um 6 Uhr im Florettfechten Unterricht erteilen. Am heutigen Vormittage unternahm Seine Majestät einen Spaziergang mit dem Chef des Generalstabes, General der Kavallerie, Generaladjutanten Grafen von Waldersee, gewährte dem Professor

Anton von Berner im Gebäude der Kunstakademie eine längere Portraitsitzung und fuhr auf der Rückkehr zum königlichen Schloß beim Hotel St. Petersburg, Unter den Linden, vor, um sich selbst persönlich nach dem Befinden des Freiherrn von Franckenstein zu erkundigen und der Familie desselben sein Mitgefühl persönlich zu erkennen zu geben. Sr. Majestät der Kaiser hatte kaum das Hotel verlassen, als Frhr. von Franckenstein seinen Leiden erlag. Sr. Majestät der Kaiser arbeitete alsdann ca. 1 1/2 Stunden mit dem Chef des Civilkabinetts geheimen Rath Dr. Lucanus.

— Bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht wird, wie bereits gemeldet, am 24. d. M. vormittags im hiesigen Palais in der Wilhelmstraße ein Kapitel des Johanniter-Ritterordens abgehalten werden.

— Der Berliner Hof hat für den Herzog von Aosta 14tägige Trauer angelegt.

— Fürst Bismarcks Eintreffen steht nach den von unserem hiesigen Mitarbeiter eingezogenen Erkundigungen frühestens Freitag zu erwarten.

— In dem Befinden des Geheimraths v. Ruffbaum, des populärsten aller Münchener Professoren, dem wegen seiner Wohlthätigkeit zumal von der ärmeren Bevölkerung wahre Verehrung gewidmet wird, scheint dem „Berl. Börsenfourier“ zufolge entschiedene Besserung einzutreten. Geheimrath v. Ziemsen, Professor der inneren Medizin, untersuchte den Kranken und erklärte alle inneren Organe für gesund.

— Aus dem Staatshaushaltsetat für 1890/91 ist zu ersehen, daß nur noch zwei Inhaber des eisernen Kreuzes II. Klasse von 1813/15 einen Ehrenlohn von je 150 Mark jährlich erhalten und daß für die Unterstufungen, welche die hilfsbedürftigen Krieger aus den Jahren 1806 bis 1815 im Betrage von je 240 Mark jährlich beziehen, die Summe von 12 000 Mark in dem nächsten Etatsjahre voraussichtlich ausreichen wird.

— Das „Armeeordnungsblatt“ veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers, nach welchem die Kavallerie nach Maßgabe der verfügbaren Mittel mit Stahlfrohlanzen auszurüsten ist und die leichte Kavallerie fortan Lanzenflagen nach der für die Kürassiere und Ulanenregimenter festgesetzten Probe zu führen hat.

— Dem Vernehmen der „Schlesischen Zeitung“ nach hat die preussische Landesjustizverwaltung entsprechend einem Wunsche des Landwirtschaftsrathes eine Enquete über Umfang und Formen des Grundstückemachers angeordnet.

— Jedenfalls infolge der Weigerung der Nationalliberalen, in Siegen und Bielefeld für die konservativen Kandidaten einzutreten, lehnen nun die Konservativen im 1. hessischen Wahlkreis (Kinteln-Hofgeismar-Wolfhagen) die Kandidatur des von den Nationalliberalen daselbst aufgestellten bisherigen Abgeordneten Geh. Justizrath Dr. Karl Deter in Berlin ab und verlangen, daß ein anderer nationalliberaler Kandidat aufgestellt werde.

— Der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen hat, wie zu erwarten war, die Forderungen auf 50prozentige Lohnerhöhung zc. abgelehnt.

— In Essen ist der Bergmannsdelegirte Schröder als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

— Der dritte, die schleswig-holsteinische Frage behandelnde Band von Heinrich von Sybels neuestem Werke über die „Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ wird Mitte des nächsten Monats erscheinen.

— Der streitlustige Pastor Witte, der Pfarrer von St. Glogatha in Berlin, hat abermals eine Schrift veröffentlicht, welche unter dem Titel: „Wider das Stöcker'sche Volk“ bei F. Fontane in Berlin erschienen ist. Der Einleitung ist die Lösung vorausgeschickt: „Du sollst kein Verleumder sein unter Deinem Volk.“

Halle a. S., 22. Januar. Die hier kursirende Behauptung, daß Professor Madelung als Nachfolger Richard v. Volkmanns aussersehen sei, wird als nicht begründet bezeichnet.

Dresden, 22. Januar. Der König und der Prinz Georg wohnten mittags der Einsegnung der Leiche des Finanzministers von Koerneritz bei, worauf dieselbe nach Erdmannsdorf übergeführt wurde.

Zwickau, 21. Januar. In der heute hier abgehaltenen Versammlung der Vertreter der Belegschaften aller Schächte des Zwickauer Kohlenreviers zur Regelung der Lohn- und Arbeiterfrage wurde beschlossen, an der in den allgemeinen Bergarbeiterversammlungen aufgestellten Forderung der achtstündigen Schichtzeit, achttägiger Lohnauszahlung, 3 Mk. 50 Pf. Schichtlohn, Wahl der Kassenärzte durch die Arbeiter, Aufhebung der Kündigungsfristen zc. festzuhalten, je nach Ermessen auch die Kassenvertreter zur Regelung der Lohnfrage heranzuziehen. Zu der weiteren Ordnung der Angelegenheiten wurde eine 12gliedrige Kommission gewählt, bestehend aus je einem Vertreter der 12 Werke. — An der Versammlung nahm der Vorstand des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter theil, dessen Vorsitzender die Leitung übernommen hatte. Derselbe erklärte am Schlusse, daß der Verband bei der nunmehrigen Sachlage seine Aufgabe erfüllt erachte und von der weiteren Theilnahme an der Ordnung der Sache zurücktrete.

Ausland.

Wien, 21. Januar. Der Reichsrath ist zum 3. Februar einberufen.

Bukarest, 22. Januar. Der Ministerrath hat den Bau der Donaubrücke der Fives-Lillegesellschaft zugesprochen.

Turin, 22. Januar. Prinz Friedrich von Hohenzollern, welcher den Auftrag hat, Sr. Majestät den Kaiser Wilhelm bei den Leichenfeierlichkeiten zu vertreten, ist gestern Abend hier eingetroffen und hat im königlichen Schlosse Wohnung genommen.

Rom, 21. Januar. Infolge Ablebens des Prinzen Amadeus nahm der älteste Sohn, Prinz Emanuel Philibert, mit Zustimmung des Königs den Titel eines Herzogs von Aosta an.

Paris, 21. Januar. Der Generalkommandant Chambéry wohnt als Vertreter der Republik der Leichenfeier in Turin bei.

Paris, 21. Januar. Deputirtenkammer. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde nach lebhafter Debatte die Wahl Bischoffsheim in Nizza mit 218 gegen 149 Stimmen für ungültig erklärt.

London, 21. Januar. Die Leiche des Generals Napier wurde heute Morgen vom Tower feierlich nach der Saint Pauls-Kathedrale übergeführt und dort zwischen den Särgen Nelsons und Wellingtons beigesezt. In dem feierlichen Zuge waren

